Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Speech
Kiel, 18.03.2010

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Für alle Jugendlichen einen erfolgreichen Start ins Berufsleben organisieren

Momentan ist die Situation auf dem schleswig-holsteinischen Ausbildungsstellenmarkt nicht schlecht. Trotz Finanz- und Wirtschaftkrise ist die Anzahl der Ausbildungsplätze nur um 3,3% zurückgegangen. Im deutschlandweiten Vergleich sieht das mit einem Durchschnitt von 8,2% ganz anders aus. Außerdem ist langfristig aufgrund des demographischen Wandels mit einer weiteren Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt zu rechnen und es gibt verschiedene Kooperationen, um Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz zu unterstützen.

Zum Handlungskonzept „Schule und Arbeitswelt“ werden wir ja in der nächsten Sitzung des Landtages einen Bericht bekommen. Schon heute können wir aber konstatieren, dass auch das „Bündnis für Ausbildung“ eine wichtige Arbeit leistet. Für 2010 haben sich Landesregierung, Sozialpartner, Kammern, Regionaldirektion Nord, Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen wieder viele Ziele gesetzt, um mehr Jugendliche in eine Ausbildung zu bekommen.

Der SSW begrüßt diese Maßnahmen. Um junge Menschen in die Ausbildung zu bekommen, müssen verschiedene Akteure auf unterschiedlichen Ebenen einen Einsatz geben, um gemeinsam zum Ziel zu kommen – und das Ziel muss ganz klar heißen: alle jungen Menschen habe ein Recht auf einen Ausbildungsplatz. Dabei hat die duale Ausbildung aus Sicht des SSW ganz klar

Vorrang vor anderen Ausbildungsformen. Allerdings ist auch klar, dass die betriebliche Ausbildung durch zusätzliche Angebote ergänzt werden muss.

Für den SSW möchte ich aber zwei konkrete Themen nennen, wo aus unserer Sicht dringend Verbesserungsbedarf besteht. Der erste Bereich betrifft den Umgang mit den Statistiken zur Ausbildungssituation. Wenn zum Beispiel gesagt wird, dass die Zahl der Altbewerber zurückgegangen ist, wäre ein Hinweis sinnvoll, dass die Zahl von 10.000 auf 7.800 gesunken ist. Hier ist also nach wie vor ein Einsatz notwendig. Auch im Bereich der unterschiedlichen Fördermaßnahmen muss ein transparenterer Umgang mit Zahlen her. Es darf nicht sein, dass wir glauben, alles ist entspannt, wenn Tausende Jugendliche in der Statistik nicht auftauchen, weil die Bundesagentur sie als „nicht ausbildungsreif" in Fördermaßnahmen vermittelt hat und so aus der Statistik heraushält.

Der zweite Bereich betrifft die Investitionen in die berufliche Bildung und den anhaltenden Lehrermangel an den Berufsschulen. Momentan liegt die Unterrichtsversorgung – wenn alle Lehrkräfte gesund und anwesend sind – bei 87%, und dass, obwohl die Berufsschulen 90 neue Planstellen zugewiesen bekommen haben. Schon in der letzten Legislaturperiode wurden im Landtag verschiedene Konzepte diskutiert, um auch Quereinsteigern den Weg zum Berufschullehrer zu ermöglichen.

Aus Sicht des SSW darf aber nicht jeder, der gerade Lust dazu hat, gleich an einer Berufsschule unterrichten. Es muss gesichert werden, dass Quereinsteiger eine fachdidaktische und pädagogische Zusatzausbildung bekommen, bevor sie auf die Schülerinnen und Schüler losgelassen werden. Das Berufsbildungsinstitut Arbeit und Technik – kurz BIAT – an der Universität Flensburg zeigt mit der Einrichtung des Masters of Vocational Education, wie das funktionieren kann. Mit diesem Master können Fachhochschulabsolventen durch eine Zusatzausbildung das Lehramt an beruflichen Schulen erwerben. Obwohl bisher 95% dieser Studierenden anschließend das Referendariat in Schleswig-Holstein aufgenommen haben, reichen die Absolventen in diesem Bereich noch nicht aus, um den Lehrermangel an den beruflichen Schulen zu beenden. Aus Sicht des SSW sind Zusatzausbildungen, die die Qualität in der beruflichen Bildung sichern, aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Neben diesen Problemfeldern gibt es in der beruflichen Bildung weitere Themen, die dringend angepackt werden müssen. Der Ansturm auf die beruflichen Gymnasien oder die Durchlässigkeit des Bildungssystems sind hier nur einige Stichpunkte. Auch wenn es den Anschein hat, dass die Situation auf dem Ausbildungsmarkt erst einmal ganz entspannt ist, gibt es also sowohl für die Landesregierung als auch für die anderen Partner im System ausreichend Arbeit, mit der sofort begonnen werden kann.